Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

25.6.1919 (No. 145)

Visual Library

№ 145 Mittwoch, den 25. Juni 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 ℳ 25 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 ℳ 42 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil

Zum Verkauf der Kirschen.

** Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß alle von der Geschäftsstelle der Bad. Obstversorgung erfaßten und den Kommunalverbänden zugeführten Kirschen zum Höchstpreis von 70 Pf. bezw. in den größeren Städten zu 75 Pf. das Pfund verkauft werden. Wo immer Kirschen zu höheren Preisen angeboten oder verkauft werden, handelt es sich um Ware, die in verbotswidriger Weise erworben oder von dem Erzeuger unter Überschreitung des Höchstpreises abgesetzt wird. Erzeuger und Verbraucher dürfen fest darauf vertrauen, daß alle Kirschen, die von der Bad. Obstversorgung nur irgend erfaßt werden können, regelrecht an die Kommunalverbände zur Abgabe gelangen. Bis jetzt sind etwa 3000 Zentner Kirschen von der Bad. Obstversorgung erworben und auf die einzelnen Kommunalverbände verteilt worden. Bei der großen Nachfrage und der geringen Ernte ist es natürlich, daß die Anteile nicht entfernt so bemessen werden können, daß allen Ansprüchen gleichzeitig genügt wird. Doch besteht Aussicht, daß in dieser und der nächsten Woche von der Bad. Obstversorgung den Kommunalverbänden größere Mengen zugeführt werden. Seitens der Bad. Obstversorgung geschieht alles, um den Schleichhandel, die Überschreitung der Höchstpreise und die unerlaubte Ausfuhr von Kirschen zu verhindern; auch sind die Kommunalverbände strengstens angewiesen, für ordnungsmäßige Verteilung der zugeführten Kirschen Sorge zu tragen.

Bei diesem Anlaß sei erneut darauf hingewiesen, daß das gesamte Beerenobst, sowie Pfirsiche, Aprikosen und türkische Kirschen in diesem Jahre nicht bewirtschaftet werden und auch Höchstpreise für sie nicht bestimmt sind. Die Freigabe dieses Obstes ist erfolgt, um dem dringenden Wunsch nach Abbau der Zwangswirtschaft Rechnung zu tragen. Aber auch bei dem freigegebenen, nicht unter Höchstpreisbestimmungen fallenden Obst kann auf Grund der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen übermäßige Preissteigerung strafend eingeschritten werden.

Bekämpfung der Preistreibereien.

** Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter erneut und dringend beauftragt, der Einhaltung der Höchst- und Richtpreise für Kirschen und Gemüse besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß auf den leicht zu überwachenden Märkten Preisüberschreitungen vorkommen. Gegen Höchstpreisüberschreitungen ist unnachsichtlich strafendes Einschreiten herbeizuführen; auch ist sofort der behördliche Verkauf der betreffenden Waren zu den festgesetzten Höchstpreisen zu veranlassen. Bei Überschreitung der Richtpreise ist, wenn nicht ganz besondere Gründe, wie vorzügliche Beschaffenheit der Ware, ausnahmsweise einen höheren Preis rechtfertigen, in der gleichen Weise zu verfahren.

** Für die Erteilung von Pässen

ist von Bedeutung, daß nach Mitteilung des Auswärtigen Amts und des Reichswirtschaftsministeriums keine Bedenken gegen eine baldige Wiederanknüpfung von deutschen Außenhandelsbeziehungen auch mit dem mit Deutschland noch nicht im Friedenszustand befindlichen Ausland bestehen.

Die Abhaltung der Reifeprüfung.

** An die Direktionen der neunklassigen Anstalten hat das Ministerium des Kultus und des Unterrichts die folgende Anweisung ergehen lassen:

Nach Abschluß der diesjährigen Reifeprüfung ist den Schülern das Reifezeugnis sofort auszuhändigen und es hat hierauf die Entlassung der Schüler zu erfolgen.

In gleicher Weise ist mit denjenigen Kriegsteilnehmern zu verfahren, die eine Reifeprüfung zwar nicht mehr abzulegen haben, denen aber das förmliche Reifezeugnis erst auf Ende des laufenden Schuljahrs ausgefolgt werden kann.

* Vom Tage.

(Kundgebungen des Reichs. Badischer Landtag. Mannheim.)

Der Schmerz über Deutschlands Schmach und Erniedrigung zittert nach in der Kundgebung, mit der die Reichsregierung gestern vor das deutsche Volk getreten ist. Auch in dieser Kundgebung wird von neuem betont, daß wir den Frieden nur unterzeichnen, weil wir nicht in der Lage sind, uns zur Wehr zu setzen, und weil wir die Pflicht haben, unserem wehrlosen Volke neue nutzlose Kriegsopfer und Hungerqualen zu ersparen. Die Reichsregierung fordert das deutsche Volk auf zur Vertragserfüllung, zur Arbeit und zur Pflichttreue. Nie werden wir derer vergessen, die von uns losgerissen werden. Diese deutschen Volksgenossen bleiben Fleisch von unserem Fleisch, und wir werden für sie eintreten, wie für uns selbst. Arbeit ist notwendig, da wir die Lasten dieses Krieges nur tragen können, wenn keiner müßig geht. Jede nicht erfüllte Leistung kann der Gegner mit Vormarsch, Besetzung oder Blockade beantworten. Jeder hat auf seinem Posten auszuharren, damit wir unsere Pflicht erfüllen, und Deutschland lebensfähig bleiben kann. Wenn nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrag wertlos, dann wird es keine Erleichterung, keine Revision und keine Abtragung der ungeheueren Lasten geben.

Wir begrüßen diese Kundgebung der Reichsregierung aus vollstem Herzen. Sie wird nach außen, wie nach innen einen guten Eindruck machen. Daß die Mahnungen, die sie enthält, notwendig sind, unterliegt für uns keinem Zweifel. Es gibt noch immer viel zu viele unter uns, die in dem optimistischen Wahn einer versunkenen Epoche befangen sind, die den Ernst dieser Zeit noch lange nicht begriffen haben und die da meinen, mit dem Tage der Unterzeichnung des Friedens werde jetzt wieder ein herrliches Leben beginnen. Gewiß wird uns der Zustand des Friedens viele Erleichterungen bringen, er wird uns überhaupt erst wieder ein Aufatmen ermöglichen. Aber nur unter der Voraussetzung, daß wir mit Fleiß und Pflichttreue an unsere Arbeit gehen, daß wir einmütig zusammenstehen und mit zusammengebissenen Zähnen und fester Entschlossenheit für die Abtragung der Lasten unsere ganze Kraft einsetzen.

Auch an die Truppen hat sich der Reichspräsident mit einer Ansprache gewandt. Selbstverständlich muß der Friede, den wir zu unterzeichnen haben, gerade bei den Truppen, die so heldenmütig für Deutschlands Existenz gelitten und gestritten haben, Gefühle des bittersten Schmerzes und des tiefsten Unmuts auslösen. Aber es ist richtig, wenn der Reichspräsident in seiner Ansprache erklärt, daß das Vaterland gerade jetzt der Treue der Truppen bedarf, damit wir auch weiter vor dem Absturz in den Abgrund der Anarchie bewahrt bleiben. Wie sich später in einer Besprechung des Reichswehrministers mit den Truppenkommandeuren und Regimentsführern herausstellte, haben sich die Offiziere sämtlich davon überzeugen lassen, daß es ihre oberste Pflicht ist, über persönliche Bedenken hinweg auch weiter dem Vaterlande treu zu dienen, um Deutschland vor dem Chaos zu retten und seinen Wiederaufbau zu ermöglichen. Wir dürfen also wohl damit rechnen, daß die gesamte Reichswehr nach wie vor ohne Wanken ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllen wird. Gerüchte von einer angeblichen Zersplitterung der Reichswehr sind sonach in das Reich der Fabel und der böswilligen Erfindung zu verweisen.

Auch die badische Regierung hat gestern einen ergreifenden Aufruf an die Bevölkerung unserer engeren Heimat gerichtet. Auch in diesem Aufrufe wird betont, daß es jetzt unsere heiligste Pflicht ist, dem Vaterlande zu dienen. Doppelt stark hat in diesen Zeiten tiefster Not das Gefühl der Treue zum Vaterlande zu sein. Die sittlichen und seelischen Kräfte unseres Volkes sind, wie der Aufruf hervorhebt, erschüttert. Ein brutaler Egoismus macht sich breit und führt zum Kampf aller gegen alle. Diesen Geist des Egoismus müssen wir überwinden, indem wir zu den alten Grundsätzen der Arbeitsfreude und der Pflichterfüllung zurückkehren. Der neue Staat ist der Staat aller. Wer sonach seine ganze Kraft für das Wohl dieses Staates einsetzt, dient damit zugleich sich selbst. Trotz aller betrübenden Erscheinungen, die wir wahrnehmen, bleibt unser Glaube an die Kraft des deutschen Volkes, wirtschaftlich zu gesunden und sittlich zu erstarken, unerschütterlich. Staatspräsident Geiß hat diesen außerordentlich wirkungsvollen Aufruf in der gestrigen Sitzung des Landtages verlesen; das Parlament hat in einer Erklärung des Präsidenten Kopf diesem Aufruf zugestimmt, und zwar mit der Bekundung des festen Willens, sich treu hinter die Reichsregierung, wie hinter die badische Regierung zu stellen.

Wie ernst die Lage auch für unser engeres Heimatland ist, wie sehr wir der pflichttreuen Mitarbeit aller Staatsbürger bedürfen, das erkennen wir gerade in diesen Tagen. Wieder ist gestern dem Landtage eine Vorlage (Ausgleichszulage für die Beamten und Lehrer) zugegangen, die den Etat mit einem Aufwand von 58,8 Millionen Mark belastet. Und dementsprechend hat der Finanzminister bereits eine weitere Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer angekündigt, die so hoch sein soll, daß sie einen Betrag von 100 Millionen Mark für den badischen Staat ergibt. Die Ausgleichszulage für die Beamten und Lehrer ist bekanntlich so gedacht, daß in Zukunft an Stelle der Kriegszulage und des Zuschlages dazu, die beide fortfallen, eine einheitliche Gesamtzulage von ca. 3200 bis 3900 Mark (je nach der betreffenden Ortsklasseneinteilung) gewährt wird. Daß nach dem jüngst abgeschlossenen Lohntarif für die Staatsarbeiter, der diesen erhebliche Zulagen brachte, auch eine Gehaltsaufbesserung für die Beamten und Lehrer dringend nötig war, steht außer aller Frage. Die Beamten und Lehrer, die auch in den letzten Monaten seit der Revolution dem Staate treu und aufopferungsvoll gedient haben und damit die ruhige Weiterfortführung der Staatsgeschäfte sicherstellten, haben einen Anspruch darauf, gehaltlich so gestellt zu werden, daß sie wirtschaftlich existieren können. Aber in die berechtigte Freude über diese Gehaltszulage mischt sich gleich wieder ein dicker Tropfen Wermut: eben die bereits angekündigte, neue Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer.

Wie ernst die innerpolitische Lage für unser Heimatland ist, haben uns ferner die Mannheimer Vorgänge bewiesen. Spartakus hat sich auch noch in den letzten Tagen dort austoben dürfen, indem er in den Straßen die Truppen der Regierung angriff und sie zur Gegenwehr zwang. Daß Spartakus zum Äußersten entschlossen ist, sehen wir im übrigen klar und deutlich aus einer Rede, die dieser Tage der Arbeiterrat Reinhard aus Friedrichshafen am Bodensee in Singen gehalten hat. In dieser Rede hat Reinhardt, dem wir für seine Offenheit dankbar sein dürfen, erklärt, die Revolution werde in 14 Tagen kommen, man werde vor der Anwendung von blutiger Gewalt nicht zurückscheuen und dann die Räteregierung aufrichten. Nun scheint allerdings die Arbeiterschaft in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht mehr geneigt zu sein, diese gefährlichen Tollheiten zu dulden. In Mannheim, wo bekanntlich am Montag der von den Kommunisten und Unabhängigen proklamierte Generalstreik beginnen sollte, ist die Arbeiterschaft fest geblieben, das heißt, sie hat die Arbeit fortgesetzt, so daß der ganze Versuch ins Wasser fiel. Wir würden uns freuen, wenn wir an diese Tatsache ganz allgemein die Hoffnung knüpfen dürften, daß die Arbeiterschaft nun endlich das Sinnlose, Gefährliche und Zerstörende dieser rein politischen Streiks eingesehen hat, und daß sie Entschlußkraft und festen Willen genug besitzt, um derartige Experimente, die ein Verbrechen gegen die Volkswohlfahrt bedeuten, von vornherein unmöglich zu machen. A.

Politische Neuigkeiten.

An das deutsche Volk!

Die deutsche Regierung hat mit der Zustimmung der Nationalversammlung erklärt, den Frieden zu unterzeichnen, schwersten Herzens, nur unter dem Druck der rücksichtslosesten Gewalt, in dem einen Gedanken, unserem wehrlosen Volke neue Kriegsopfer und Hungerqualen zu ersparen. Der Friede ist geschlossen. Nun wahrt und sichert den Frieden.

Das erste Erfordernis ist Vertragserfüllung. Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages ge-

Mit einer Beilage: 29. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

setzt werden, so weit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden. Nimmer werden wir derer vergessen, denen die Abtrennung droht. Sie sind Fleisch von unserem Fleisch. Wir werden für sie eintreten, wo wir können, wie für uns selbst. Aus dem Staatsverband können sie gerissen werden, aber nicht aus unserem Herzen.

Das zweite Erfordernis ist Arbeit. Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keiner müßig geht. Für jede nicht erfüllte Leistung können die Gegner mit Vormarsch, Besetzung oder Blokkade antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden.

Das dritte Erfordernis heißt Pflichttreue. Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen. Der Soldat und der Beamte. Jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben, auch in diesen schlimmsten aller schlimmen Tage. Man zwingt uns, Deutsche an fremde Gerichte auszuliefern. Wir haben uns bis zum äußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer braven Truppen haben wir volles Verständnis, aber wenn jetzt nicht Offiziere und Mannschaften noch fester für die innere Ordnung eintreten helfen, so liefern sie nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen unserer Landsleute aus, und zwar der Okkupation, der Annexion und dem Terror.

Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere Ordnung keine Arbeit, ohne Arbeit keine Vertragserfüllung, ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufflammen des Krieges. Wenn nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrag wertlos, dann wird es keine Erleichterung, keine Revision und keine Abtragung der ungeheuren Lasten geben. Was heute an Tagen versäumt wird, kann unseren Kindern Jahre der Knechtschaft kosten. Schon heute muß Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und keiner beiseite stehen. Es gibt nur einen Weg aus der Finsternis dieses Vertrages: Erhaltung des Reiches durch Einigkeit und Arbeit. Helft uns dazu, Männer und Frauen.

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung:
Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Dr. David, Wissell, Mayer, Giesberts, Dr. Bell, Noske, Robert Schmidt, Schlicke.

Die Aufhebung der Blockade.

* Aus London wird laut T.-U. gemeldet: „Daily Herald" berichtet aus Paris, daß dort mit Bestimmtheit verlautet, daß die Alliierten sich im Rat der Vier für die **sofortige Aufhebung der Blockade** ausgesprochen haben, **sobald der Friedensvertrag** mit Deutschland **unterzeichnet sei.**

Zur Versenkung der deutschen Kriegsschiffe.

* Nach dem Waffenstillstandsvertrage sind den Alliierten von Deutschland 6 Panzerkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer und 50 Zerstörer des neuesten Typs ausgeliefert worden. Folgende Linienschiffe und Panzerkreuzer wurden ausgeliefert: „Bayern", „König", „Großer Kurfürst", „Markgraf", „Kronprinz Wilhelm", „Kaiser", „Kaiserin", „Friedrich der Große", „König Albert", „Prinzregent Luitpold", „Mackensen", „Hindenburg", „Derfflinger", „Seydlitz", „Moltke", „von der Tann", „Brummer", „Bremse", „Emden", „Köln", „Mainz", „Karlsruhe", „Bremen" und „Dresden".

Der Pariser „Intransigeant" vernimmt, daß die Deutschen diejenigen Schiffe zerstört haben, die früher zur Flottenbasis von Kiel gehörten. Weiter veröffentlicht das Blatt eine Depesche aus London, wonach der Schlachtkreuzer **„Baden"** 18 Stunden nach der Versenkung der übrigen Schiffe **in die Luft geflogen sei.**

Der Marinesachverständige des „Daily Chronicle" schreibt: Die Deutschen hätten durch die **Versenkung** ihrer Schiffe die **Möglichkeit ergriffen,** sich der **endgültigen Schmach zu entziehen** und die **deutschen Schiffe seien mit wehenden Fahnen untergegangen.** Darüber, ob die Versenkung rechtszulässig sei, gingen nach dem Sachverständigen die Ansichten auseinander. Der **Friedensvertrag sei noch nicht unterzeichnet** gewesen, also habe der **Krieg noch angedauert. Im Kriege aber könne das Entweichen von Gefangenen und Schiffen unter eigener Gefahr schwerlich verurteilt werden.** Im übrigen ist der Sachverständige der Ansicht, die Deutschen hätten ein Problem gelöst, das so schwierig gewesen sei, daß es wahrscheinlich die Alliierten untereinander entzweit haben würde.

Englische und amerikanische Besatzung für Oberschlesien.

Aus London wird laut T.-U. unterm 24. Juni an das Amsterdamer Handelsblad gemeldet: Dr. Dillon berichtet aus Paris an den „Daily Telegraph", daß der Rat der Vier beschlossen habe, **englische Soldaten zur Besetzung von Danzig** zu entsenden, bis die Regierung die Freistadt vollkommen organisiert hat. Wilson hat zu erkennen gegeben, daß die **amerikanischen Truppen** die Ordnung in **Oberschlesien** aufrecht erhalten werden.

Dillon fährt fort: Außenstehende können sich keine richtige Idee von der großen Unzufriedenheit unter den kleinen Staaten über die Tatsache machen, daß die Großmächte an dem Standpunkt festhalten, die Minderheiten zu beschützen. Diese Maßregel wird für die Souveränität der Staaten vernichtend genannt. Der **Völkerbund,** dessen Aufgabe es ist, zum Schutze der Minderheiten einzugreifen, wird als **Werkzeug,** durch das die **Grundlage für die englische Hegemonie in der alten Welt** gelegt wird, zurückgewiesen.

Die Berliner Truppenkommandeure im Reichswehrministerium.

* Sämtliche höheren Truppenkommandeure und Regimentsführer der Reichswehr, die in Berlin und seiner weiteren Umgebung in Garnison sind, folgten am Dienstag nachmittag einer Einladung des Reichswehrministers Noske. In längerer Darlegung gab Reichswehrminister **Noske** eine Übersicht über die durch die **aufgezwungene Unterzeichnung** des Friedens entstandene politische Lage des Reiches.

Ein Teil der versammelten **Offiziere** gab seinem Schmerz darüber Ausdruck, daß mit dem Frieden auch die schändlichen Schmachparagraphen unterzeichnet wurden. Es **gelang jedoch dem Reichswehrminister, sämtliche anwesenden Offiziere davon zu überzeugen, daß es ihre oberste staatsbürgerliche Pflicht sei, über persönliche Bedenken** hinweg dem schwergeprüften **Vaterlande weiter zu dienen, um es vor dem Chaos zu bewahren und an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten.**

Oberst **von Hohnke** betonte entgegen einer in einem Berliner Blatte veröffentlichten Mitteilung, daß es ihm nicht eingefallen sei, in einer Ansprache an sein Regiment zu Handlungen gegen die Regierung aufzufordern. Ebenso ist es vollständig frei erfundenes Gerücht, daß General von Luettwitz mit verschiedenen führenden Politiker Fühlung wegen Bildung eines neuen Kabinettes genommen habe.

Die Konferenz war eine **Vertrauenskundgebung** und ein **voller Erfolg für den Reichswehrminister.** Darnach sind alle Gerüchte über eine angebliche, den Bestand der Reichswehr **gefährdende Zersplitterung** hinfällig.

Hochverräterische Bestrebungen.

* Die Pressestelle des Reichs- und Staatskommissariats für Schlesien und Westposen teilt mit: In den letzten Tagen sind wiederum hochverräterische, auf die **Lostrennung Schlesiens und Westposens von Preußen** und dem Reiche gerichtete Bestrebungen zutage getreten. Insbesondere ist es diesmal ein **„Ostdeutsches Geheimkomitee",** das durch die Verbreitung eines Schreibens zur Schaffung einer eigenen Regierung und damit zum Hochverrat auffordert. Der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westposen, Otto Hörsing, hat daher die Staatsanwaltschaften aller Landgerichtsbezirke des ihm unterstellten Gebietes beauftragt, sofort die erforderlichen Ermittelungen anzustellen und Strafverfahren wegen Hochverrats gegen Unbekannt zu eröffnen.

Deutsche Nationalversammlung.

* Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung standen zunächst **kleine Anfragen.** Auf eine Anfrage des Abgeordneten Silfing und Gen., ob die Regierung bereit sei, mit Rücksicht auf die Teuerung den Beziehern von **Unfall- und Altersrenten eine Erhöhung** der ihnen zustehenden **Renten** zu gewähren und die dadurch entstehenden Kosten auf das Reich zu übernehmen, erklärte der Kommissar des Reichsarbeitsamtes Dr. **Loewe,** eine allgemeine Erhöhung der Zusatzrenten sei zur Zeit nicht möglich, doch bestehe die Absicht, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der allerdings unter gleichzeitiger Heraufsetzung der Beiträge eine **Erhöhung der Leistungen** der Versicherung vorsieht.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anfragen ohne allgemeines Interesse folgte die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. **Krankenkassen, Angestellten- und Ersatzkassen.** Das Gesetz wurde mit einigen Abänderungen in allen drei Lesungen verabschiedet.

Am Dienstag Anfragen, Siedelungsgesetz und Verfassung.

Das Gesetz gegen die Steuerflucht.

* In der unter dem Vorsitze des Reichsfinanzministers Erzberger abgehaltenen Sitzung des **Staatenausschusses** wurde dem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes gegen die **Steuerflucht** vom 26. Juni 1918 die **Zustimmung** erteilt.

Lebensmittelunruhen in Berlin.

* Aus **Entrüstung über die hohen Lebensmittelpreise,** besonders über die Preise von **Kirschen und Erdbeeren,** zog gestern mittag gegen 12 Uhr eine Menge von etwa 500 Personen beiderlei Geschlechts durch die Invalidenstraße zu Berlin **und plünderte vor allem die Lebensmittel- und Tabakläden.** Etwa eine halbe Stunde später drangen die Ausschreitenden in den **Wochenmarkt** ein, der auf dem Grundstück Müllerstraße 43 abgehalten wurde und raubten die dort auf der Straße ausgelegten Waren. Im Laufe des Nachmittags, in der vierten Stunde, kam es zu **schweren Ausschreitungen** in der Markthalle in der Invalidenstraße, Ecke der Ackerstraße. In allen Fällen wurden Regierungstruppen herangezogen, die die Ruhe wieder herstellten. In der Invalidenstraße war die Tätigkeit der Truppen nach 5 Uhr noch nicht beendet.

Ein späterer Bericht besagt: Die Plünderungen im Norden Berlins haben bis in die späten Nachmittagsstunden hinein fortgedauert. Besonders wurden in Mitleidenschaft gezogen die Invaliden-, Brunnen- und Badstraße. Es sind bisher etwa 20 Personen festgenommen worden. Militär, Mitglieder der Einwohnerwehr und Polizei sind zurzeit damit beschäftigt, die sich immer wieder bildenden Zusammenrottungen aufzulösen und zu zerstreuen. Im übrigen ist die Stadt ruhig. Wieviele Personen verletzt worden sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Der Sachschaden dürfte gering sein, da das Militär mit äußerster Schonung vorgegangen ist.

Freisprechung Ledebours.

* Die Geschworenen im Ledebourprozeß verneinten sämtliche Schuldfragen. Der Angeklagte Ledebour wurde unter lauten Beifallskundgebungen im Zuhörerraum **freigesprochen.**

Neues kommunistisches Komplott in Bayern.

* Die Fahndungsabteilung in München hat, einer Meldung der „B. P." zufolge ein **neues, sehr ernst zu nehmendes Komplott** entdeckt, das auf die **Wiedererrichtung der Räterepublik in München und Augsburg hinausging. Die elf Beteiligten,** unter denen sich ein bekannter Bildhauer und ein Ingenieur befinden, hatten sich in einem Ort zwischen München und Augsburg festgesetzt und lebten dort bereits unter kommunistischen Grundsätzen. Auch zwei „kommunisierte" Frauen befanden sich darunter. Sie wurden sämtlich verhaftet.

Eine Niederlage Clemenceaus im Senat.

Der französische Senat erörterte am Montag die Vorlage über die Wahlreform. **Im Namen der Regierung bekämpfte** Minister **Pams** die in der Vorlage vorgesehene **Verhältniswahl. Trotzdem wurde die Vorlage mit 120 gegen 80 Stimmen angenommen.** Der „Matin" hebt hervor, daß die **Regierung in die Minderheit gekommen ist.** „Journal du Peuple" schreibt: **„Clemenceau,** die Reihe ist dir, wie vorher an Orlando und Scheidemann."

Das neue italienische Kabinett.

* Das neue italienische Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Inneres **Nitti,** Auswärtiges **Tittoni,** Kolonien Luigi Rossi, Justiz Motara, Finanzen Tetlesco, Schatz Schanzer, Marine und interimistisch Krieg Kontreadmiral Secchi, öffentlicher Unterricht Deccli, öffentliche Arbeiten Amtano, Transport de Vito, Industrie, Handel, Arbeit und Verpflegung Ingenieur Dante Ferrasis, Post Chevrieni, Militär und Pensionen Dacomo, befreite Gebiete Cesare Nava. Die Minister werden heute vereidigt.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die gestrige Sitzung des Landtages gestaltete sich zu einer ernsten und eindrucksvollen Kundgebung anläßlich der Unterzeichnung der Friedensbedingungen. Den ausführlichen Bericht darüber finden unsere Leser in der Beilage des vorliegenden Blattes.

Heute, Mittwoch, erledigte der Landtag zunächst den Gesetzentwurf betr. die **Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen von 1 Million Mark für die Stadt Kehl.** Abg. Staatsrat **Marum** (Soz.) begründete den Gesetzentwurf und beantragte namens der Kommission ihn für dringend zu erklären und die Beratungsfrist abzukürzen. Abg. Minister **Dietrich** (Dem.) gibt dem Gesetzentwurf als früherer Bürgermeister von Kehl einige freundliche Worte mit auf den Weg und hofft, daß der Stadt das Durchhalten bis zur Wiederkehr besserer Verhältnisse ermöglicht werde. Der Gesetzentwurf und Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Darauf begründet Abg. Dr. **Kraus** (Soz.) die **Interpellation** seiner Partei über die **Sozialisierung in Baden.** Die liberalen Wirtschaftsideen, daß sich der Staat nichts um das Wirtschaftsleben kümmern soll, führte zu einem rücksichtslosen Kampf aller gegen alle. Die heutige geschulte Arbeiterschaft kann sich diese Ausbeutung nicht weiter gefallen lassen. Redner erörtert dann die Sozialisierung in Landwirtschaft und Wohnungswesen und in einzelnen Industrien. Es liege dabei fern, die private Energie und Initiative auszuschalten.

Arbeitsminister **Rückert** führt in Beantwortung der Interpellation aus:

Die Frage der Sozialisierung hat in der Gegenwart zweifellos erhöhte Bedeutung erlangt. Sie ist entstanden aus der Erkenntnis heraus, daß die bisher herrschende Produktionsweise die Wohlfahrt für die **Gesamtheit** der Bevölkerung nicht gebracht hat. In besonderem Maße drängte sich diese Erkenntnis während des **Krieges** auch solchen Bevölkerungsteilen auf, welche bisher diesen Fragen gleichgültig oder ablehnend gegenüber standen. Gerade in dieser Zeit kam es zum Bewußtsein nahezu der gesamten Bevölkerung, daß die kapitalistische Produktion sich in **erster Linie** unter dem Gesichtswinkel der Rentabilität vollzieht. Die Bedarfsdeckung war dem Ziele der Rentabilität unterworfen. Die großen Kriegsgewinne, die Kriegsgewinnler und Schieber haben in den letzten Jahren geradezu demoralisierend auf die Bevölkerung gewirkt. Am Zusammenbruch Deutschlands haben diese nicht wenig beigetragen. Die Revolution im November 1918 galt nicht nur dem militärischen und politischen, sondern auch diesem System. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß der Kapitalismus auch seine geschichtlichen Verdienste in der ungeahnten Steigerung der Produktionsverhältnisse hat. Allein er hat trotzdem die an ihn geknüpften Erwartungen nicht erfüllen können. Statt Wohlfahrt und Freiheit hat er viel Not und Unfreiheit gebracht. Er hat die Menschen von der Scholle weggerissen und sie wie Ware in alle Weltteile verschickt. Das Familienleben wurde massenhaft zerstört. Frauen wurden meistens aus Not zu Millionen in die Fabrik getrieben. Obwohl das kapitalistische System oft einen Überschuß an Gütern erzeugte, hatten zu gleicher Zeit Millionen der schaffenden Menschen trotz ihrer Arbeit nicht die Möglichkeit, ihre dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Aus diesem Zustande heraus entwickelten sich in steigendem Maße politische und insbesondere wirtschaftliche Kämpfe. Die Wirtschaftspolitik der großen Kapitalkonzern setzen sich immer mehr in Widerspruch zur großen Mehrheit des Volkes. Die Tage der **unbeschränkten** und ungehemmten Kapitalsvorherrschaft sind vorüber. Die Reichsregierung hat die gesetzliche Verankerung von Betriebs- und Wirtschaftsräten bereits angekündigt. An der Ausarbeitung eines Gesetzes wird gearbeitet. Die Arbeiter und Angestellten bekommen damit auf den ganzen Gang der Produktion erheblichen Einfluß. Die demokratische und konstitutionelle Fabrik hält damit in Deutschland ihren Einzug. Was nun die Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe anbetrifft, so kann diese gewaltige Aufgabe im allgemeinen nicht von jeder Gemeinde oder jedem Bundesstaat allein und für sich unternommen werden. Das Reich als politische und wirtschaftliche Einheit muß daher in den Fragen der Sozialisierung führend sein und den gesetzgeberischen Rahmen schaffen. In diesem Rahmen wird auch die badische Regierung im Interesse der Wohlfahrt des Volkes mitarbeiten. Darüber hinaus wird sie ernsthaft prüfen, wo in Baden die Voraussetzungen zur Sozialisierung gegeben sind. Vorarbeiten hierzu sind im Gange.

Der **Sozialismus** kann seine historische Aufgabe bei uns aber nur dann erfüllen, wenn unsere deutsche Wirtschaft wieder auf festen Füßen steht. Kein Zweifel, der furchtbare Friede, den zu unterschreiben die maßlosen Sieger uns gezwungen haben, legt den sozialistischen Idealen ungeheure Hindernisse in den Weg. Diese Wirtschaft kann nur in harter und planmäßiger Arbeit bei Zusammenfassung aller Kräfte im Volke, erreicht werden. Es ist eine Wahnidee zu glauben, daß die Verwirklichung des Sozialismus durch Putsche oder wilde Streiks erreicht werden kann. Sozialismus heißt: planmäßigste und zweckmäßigste Steigerung der produktiven Kräfte, Ausschließung aller nutzlosen Arbeit, um unter Schonung der menschlichen Kräfte das Höchstmaß an Gütern zu erzeugen. Da nur die **Arbeit** die Quelle alles Reichtums ist, kann der gegenwärtige Zustand unseres Volkes zu dem hohen Ziele nicht führen. Nur die ganze und völlige Hingabe an den neuen und demokratischen Staat wird in allmählicher Umbildung aus der Epoche des Kapitalismus und Imperialismus dem Ziele entgegenführen, das heute ungezählte Millionen beherrscht, dem Ziele nämlich, daß die Arbeit und alle unsere Tätigkeit diktiert sein muß von dem hohen sittlichen Gedanken; immer und in allem dem Gemeinwohl zu dienen.

In der Debatte lehnte der Abg. **Duffner** (Zentr.) die Sozialisierung nicht schlechthin ab, mahnte aber zu großer Vorsicht. Auch der Abg. **Gothein** (Dem.), der eine Sozialisierung im Marxschen Sinne nicht für möglich hält, warnte davor, zu weit zu gehen. Der Abg. **Maier**-Karlsruhe (Deutschnatl.) lehnt die Sozialisierung auf das Bestimmteste ab und wünschte dafür eine berufsständische Vertretung.

Der 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

* Der dem Landtag gestern vorgelegte 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlage für 1918/19 hat den stattlichen Umfang von 84 Seiten. Angefordert werden darin für die allgemeine Staatsverwaltung im ordentlichen Etat 4 216 110 M., im außerordentlichen Etat 83 670 230 M. Die Einnahmen betragen in der allgemeinen Staatsverwaltung im ordentlichen Etat 322 035 M., im außerordentlichen Etat 2 605 200 M.

Die Ausgaben bei der **Eisenbahnverwaltung** belaufen sich auf 29 232 000 M. im ordentlichen Etat, 3 295 000 M. im außerordentlichen Etat. Für die Eisenbahnschuldentilgungskasse sind je 220 101 400 M. in Ausgaben und in Einnahmen vorgesehen.

Unter **den allgemeinen Ausgaben** für **Rechtspflege** befinden sich 250 000 M. **als Nachtragsforderung** für den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in **Eberbach;** 171 500 M. als Nachtragsforderung für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes in **Breisach,** 232 500 M. für den Umbau des Justizgebäudes in **Freiburg,** 530 000 M. für die **Wiederherstellung des durch die Unruhen in Mannheim** am 22. Februar 1919 der **Justizverwaltung erwachsenen Schadens.**

Größere Summen sind im außerordentlichen Etat des **Hochschulwesens** für Neubauten der Institute der Universitäten in **Heidelberg** und **Freiburg** notwendig. Eine Million Mark wird als zweite Teilforderung für den Neubau der Ingenieurabteilung der Technischen Hochschule gefordert.

Für das **Landestheater in Karlsruhe** ist für 1919 ein Aufwand von 1 554 000 M. notwendig. Die Einnahmen werden

auf rund 631 100 M. berechnet. Der Zuschuß der Stadt Karlsruhe soll 130 435 M. betragen.

Im außerordentlichen Etat der Polizei- und Bezirksverwaltung befinden sich u. a. folgende Anforderungen: 1 Million Mark für die **Entlohnung der Arbeiter- und Volksräte und der Soldatenräte**, 30 000 M. als Kosten der **Unterhaltung der Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte**, 12 Millionen Mark für die Kosten der **Volkswehren** in Baden, 1 Million Mark für Zuschüsse für **Notstandsarbeiten**, 4 300 000 M. als Beiträge zur Gewährung von **Baukostenzuschüssen**, 1 Million Mark für Beiträge zur **Förderung des Kleinwohnungsbaues**, 12 Millionen Mark für **Erwerbslosenfürsorge**. Für die **Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge** sind im ordentlichen Etat 92 800 M., im außerordentlichen Etat 120 000 M. vorgesehen.

Im Voranschlage des **Eisenbahnbaus** sind Summen enthalten für den Bau staatlicher Kraftwagenlinien. Im Etat des Arbeitsministeriums befindet sich eine Ausgabe von 2 Millionen Mark für die **Siedelungs- und Landbank**.

Weitere Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer.

oc. Die dem Landtag gestern zugegangene Vorlage über die **Ausgleichszulage**, die sich im Anschluß an die Regelung der Tariflöhne der Staatsarbeiter notwendig machte, wurde gestern nachmittag im Anschluß an die kurze Vollversammlung des Landtages im **Haushaltausschuß** sofort einer Beratung unterzogen. Der Ausschuß sprach sich einmütig dahin aus, daß die Ausgleichszulage sowohl im Ausschuß, wie im Plenum möglichst rasch erledigt werden soll. Bereits eine der nächsten Sitzungen des Landtages wird sich mit ihr befassen.

Finanzminister Dr. **Wirth** gab eine längere Übersicht über die finanzielle Tragweite der Vorlage. Sie erfordert einen Aufwand von 58,8 Millionen Mark und belastet natürlich das Staatsbudget in hohem Maße. Man könne aber im allgemeinen den Beamten nicht niedriger wie den bestbezahlten qualifizierten Staatsarbeiter und Handwerker stellen. Erfreulicherweise konnte das Finanzministerium in fast allen Fragen mit dem 10er Ausschuß der Beamten- und Lehrervereine zusammenarbeiten. Man ist seinen Vorschlägen im wesentlichen gefolgt. Das von einer Versammlung wegen einer Zeitungsnotiz dem Minister ausgesprochene Mißtrauensvotum war unberechtigt; es wurde deshalb zurückgezogen. Vor allem soll auch das sogen. Kinderprinzip bei der Regelung der Gehälter der Beamten stärker wie bisher zum Durchbruch kommen. Gleichzeitig ist versucht, die Härten des Gehaltstarifs auszugleichen. Auch die Pensionäre und die Hinterbliebenen gestorbener oder verunglückter Beamten nehmen an der Ausgleichszulage teil.

Im übrigen ist natürlich die badische Finanzlage eine trübe, entsprechend der trostlosen Finanzlage des Reiches. Hierbei kündigte der Minister eine **weitere Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer an.** Sie ist so hoch bemessen, daß sie einen Betrag von 100 Millionen Mark für den badischen Staat ergeben soll. Auch diese Vorlage geht in Kürze dem Landtage zu.

In eine Debatte über die instruierenden Darlegungen des Finanzministers wurde nicht eingetreten, da sich erst die Fraktionen und der Berichterstatter — als solcher wurde Abg. Göhring (Dem.) bestimmt — mit der Vorlage zu befassen haben. Man betonte allerseits aber, daß die Beratung in jeder Weise gefördert werden wird. Sodann stimmte der Ausschuß noch dem Gesetzentwurf über die Bürgschaftsübernahme für das Einmillionendarlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat zu.

Die neuen Beamtenzulagen.

Nach einer den Mitgliedern des Landtags zugegangenen Darstellung der Regierung betragen die einheitlichen Zulagen, die den etatmäßigen Beamten und Lehrern mit Wirkung vom 1. März ab an Stelle der bisherigen Kriegszulage und des Zuschlags dazu gezahlt werden sollen, in der Wohnungsgeldtarifsortsklasse I für Ledige, die das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben, 3200 M., für Verheiratete bis mit einem Kind 3400 M., mit zwei Kindern 3500 M., mit drei Kindern 3600 M., mit vier Kindern und mehr 3700 M.; in Ortsklasse II für Ledige 3100 M., für Verheiratete 3300 bis 3600 M., in Ortsklasse III für Ledige 3000 M., für Verheiratete 3200 bis 3500 M., in Ortsklassen IV und V 2800 M. für Ledige, 3000 bis 3300 M. für Verheiratete. Die Zulagebeträge der Ortsklasse I erhöhen sich für die Beamten in Mannheim um 280 M. Jedem Beamten wird ein Mindesteinkommen gesichert. Es beträgt in Ortsklasse I 5100 M. (Mannheim 5350 M.), in Ortsklasse II 5000 M., in Ortsklasse III 4900 M., in Ortsklasse IV und V 4500 M. Die ledigen etatmäßigen Beamten und Lehrer unter 30 Jahren erhalten für jedes Jahr, das ihnen zur Vollendung des 30. Lebensjahres fehlt, 125 M. weniger, als die eben genannten Zulagebeträge. Die Bestimmungen finden auch auf die vollbeschäftigten nichtetatmäßigen Beamten und Lehrer und auf die wiederverwendeten vollbeschäftigten Ruhegehaltsempfänger Anwendung. Auch die zuruhegesetzten Beamten erhalten neue Teuerungszulagen.

Zur Sozialisierung der Standesherrschaften.

* Die **Fürstlich Fürstenbergische Standesherrschaft** hat an die Mitglieder des badischen Landtags, an die Regierungsstellen und an die Gemeindebehörden eine **Denkschrift** gerichtet, in welcher für die Bewirtschaftung des standesherrlichen Besitzes Grundsätze aufgestellt sind. In dieser Denkschrift vertritt die fürstl. fürstenbergische Verwaltung den Standpunkt, daß sie von ihrem etwa 8000 Hektar großen landwirtschaftlichen Grundbesitz etwa 6000 Hektar unzusammenhängende Parzellen, die bisher verpachtet waren, an Gemeinden, Pächter und an andere Kaufliebhaber zu veräußern bereit ist. Um die bei der großen Konkurrenz zu erwartende erhebliche Steigerung der Kaufpreise zu verhüten, will die Fürstl. Standesherrschaft sowohl von einer öffentlichen Ausbietung als auch von einer selbständigen Kaufpreisfestsetzung absehen und die Begutachtung der Preise einer **gemischten Kommission** überlassen. Für den Fall der Aufrechterhaltung der Pachtwirtschaft werden in der Denkschrift Bedingungen aufgestellt, nach denen in erster Linie die bedürftigen Gemeindeeinwohner bei Verpachtungen zu berücksichtigen sind. Die Hofgüter will die fürstl. Standesherrschaft in der Mehrzahl behalten. Sie begründet das mit der Befürchtung, daß diese Hofgüter im Eigentum von kapitalschwächeren Landwirten in schlechten Zeiten, mit denen auch für die Zukunft gerechnet werden muß, nicht gehalten werden können. Im allgemeinen decken sich diese Vorschläge mit denjenigen, die Prinz Max von Baden ebenfalls in einer Denkschrift den Landtagsabgeordneten und der Regierung gemacht hat.

Von der Presseabteilung des Ministeriums des Innern.

* In die Presseabteilung des Ministeriums des Innern ist der frühere Chefredakteur der „Badischen Landeszeitung", Walther **Günther** in Karlsruhe, berufen worden. Es darf mit Befriedigung begrüßt werden, daß auch für die Besetzung dieses weiteren Postens in der Presseabteilung ein Journalist gewählt wurde, der durch langjährige redaktionelle Tätigkeit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Landes aufs beste vertraut ist.

Die wahren Pläne der Kommunisten.

enthüllte der Arbeiterrat L. Reinhardt aus Friedrichshafen am Bodensee in einer öffentlichen Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Singen a. H., die am 14. ds. Mts. stattfand. Reinhardt erklärte u. a.:

„Die nächsten 4 Wochen werden eine zweite Revolution und mit ihr die Aufstellung der Räteregierung bringen, und wenn auch die von der jetzigen Regierung getroffenen Gegenmaßregeln, von denen wir ganz genaue Kenntnis haben, angewandt werden, so werden wir auch nicht vor Kampf und Blut zurückschrecken, nachdem wir so lange unsere Leben nur für einen Mann in die Schanze geschlagen haben. Die jetzige Regierung **durch Gewalt mit Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zu stürzen** sind wir gezwungen, da wir es auf dem Wege der Volksabstimmung nicht tun können."

Man kann, so schreibt dazu der sozialdemokratische Karlsruher „Volksfreund" Reinhardt dankbar sein, daß er offen die eigentlichen Ziele der Kommunisten und ihrer Gesinnungsverwandten von der U.S.P. kundgegeben hat. Nur soll er sich nicht wundern, wenn die von ihm gegen die jetzige Regierung gepredigte Anwendung der Gewalt nicht widerspruchslos hingenommen wird. Die Erfahrungen mit der bayerischen Räteregierung sind wahrlich nicht so, daß man in Baden darnach Verlangen tragen könnte, ähnlich beklagenswerte Zustände zu erhalten.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Man schreibt uns: Die Lage des Arbeitsmarktes ist auch in der Woche vom 15. bis 20. Juni noch weiterhin durch die unsichere politische Gesamtlage beeinflußt, so daß von einer allgemeinen Besserung immer noch nicht gesprochen werden kann. Nach den Berichten von 42 Arbeitsämtern und Bezirksarbeitsnachweisen sind **in Baden insgesamt 12 489 Erwerbslose** vorhanden gegen 12 785 in der Woche vorher, also **wiederum 296 weniger.** Unter den Erwerbslosen befinden sich 4958 weibliche Personen. **Erwerbslosenunterstützungen** wurden im Bereiche der Landesstelle für Arbeitsvermittlung in Baden bezahlt in der Berichtswoche 393 975 M., in der Woche vorher 427 332 M., insgesamt **seit November 1918 18 846 014 M.** Für **Arbeitsverkürzung** wurden in der Berichtswoche nach den eingegangenen Berichten 33 769 M. bezahlt. Erfreulicherweise macht sich insofern eine Besserung bemerkbar, als durch das **Einsetzen der allgemeinen Bautätigkeit** bereits im Baugewerbe in gewisser Mangel an gelernten Arbeitskräften zu verspüren ist. Maurer, Zimmerleute und Bauschreiner werden in größerer Zahl gesucht. Günstig ist ebenfalls die Lage im Holzgewerbe, auch hier ist die Nachfrage nach Möbelschreinern, Modelschreinern und Wagnern immer noch allgemein stark, aber auch Holzbildhauer und Küfer werden in größerer Zahl verlangt. In diesen Gewerben konnte sogar eine große Zahl offener Stellen nicht besetzt werden. In der Landwirtschaft können infolge der täglich sich mehrenden Arbeiten (Heuernte Hackarbeiten usw.) die gemeldeten offenen Stellen für landwirtschaftliche, geschulte Arbeitskräfte bei weitem nicht mehr gedeckt werden. Auch besteht weiterhin Mangel an weiblichem Haus- und Küchenpersonal. Die Wiedereröffnung von Betrieben, die wegen Mangel an Rohmaterial geschlossen werden mußten, stehen auf der anderen Seite leider auch wieder Einschränkungen und Schließungen von Betrieben gegenüber. In den einzelnen Städten des Landes wurden insgesamt **7109 Notstandsarbeiter** beschäftigt, davon in **Karlsruhe** allein 1649 und in **Mannheim** 1889.

Zu den Vorgängen bei der Firma Brown Boveri & Co. in Mannheim.

In der Angelegenheit der Bekämpfung des Terrors der freien Gewerkschaften gegen die Angehörigen der christlichen und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine bei der Firma Brown Boveri u. Co. Mannheim fand im Beisein des Regierungsrates Ritzmann als Vertreter der Regierung eine **Versammlung statt**, in der eine **Entschließung** angenommen wurde, in der getadelt wird, daß die Terroristen bei Brown Boveri u. Co. den gemachten Fehler und das an den nicht freiorganisierten Gewerkschaftern begangene Unrecht zwar einsehen, aber nicht zugeben wollen und auf ihrem Standpunkte, mit den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften nicht mehr zusammenzuarbeiten, beharren. Der **Regierung** wird in der Entschließung **Dank dafür ausgesprochen**, daß sie die Tat der Terroristen als einen schweren Verstoß gegen die Verfassung und das Koalitionsrecht bezeichnete. Weiter wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung den Arbeitern der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsverbände das **Koalitionsrecht uneingeschränkt verschafft** Von der Firma wird erwartet, daß sie alles tut, um die Stellung der christlichen und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften zu gewährleisten.

Landesversammlung des Verbandes städtischer Beamten.

B.C. Unter dem Vorsitze des Stadtrechnungsrats Weiler aus Karlsruhe fand am Freitag in **Schönwald** bei Triberg die Landesversammlung des Verbandes städtischer Beamter statt. Den Tätigkeitsbericht erstattete Stadtrechnungsrat Weiler. Danach ist der Landesverband städischer Beamter dem vor kurzem gegründeten Zentralverbande der Gemeindebeamten Badens beigetreten. Im badischen Beamtenbunde ist Stadtrechnungsrat Weiler dritter Vorsitzender und hat dort dabei mitgewirkt, daß die ungeteilte Arbeitszeit im Staatsdienste zur Einführung gelangt. Wegen Gewährung von Teuerungsbezügen trat der Vorstand dafür ein, daß die Städte sich dem Vorgehen des Staates anschließen. Auch die Ausgleichszulage, wie sie den Staatsbeamten zugesagt wurde, soll für die städtischen Beamten angestrebt werden. Die ins Leben zu rufende Gemeindebeamtenkammer soll sich um die weitere berufliche Ausbildung der Gemeindebeamten annehmen. Im übrigen soll die Gemeindebeamtenkammer die Interessen aller Gemeindebeamten vertreten. Dem Vorstande wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen. Anstelle des Garteninspektors Lippel-Mannheim wurde Straßenbahndirektor Lewit-Mannheim zum 2. Vorsitzenden gewählt. Baurat Pereil aus Mannheim berichtete über den Entwurf eines Gehaltstarifs für Mannheim und die Aufstellung eines Einheitstarifs. Der Entwurf wurde einem Ausschuß überwiesen. Der Kassenbericht und der Voranschlag für das laufende Jahr wurden genehmigt.

Der Weiterbau der Murgtalbahn.

* Aus Stuttgart wird gemeldet: Der Ausbau der württembergischen Verbindungsstrecke der Murgtalbahn von der badischen Endstation **Schönmünzach bis nach Klosterreichenbach** (Anschluß nach Freudenstadt) soll jetzt in Angriff genommen werden. Eine Verfügung der württembergischen Regierung ermächtigt zu dem für den Baubeginn notwendigen einfachen Enteignungsverfahren. Die Verbindungsstrecke wird 11,1 Kilometer lang.

Badische Zeitungsstimmen.

Der Friede.

* Zum Friedensschluß schreibt der Karlsruher „Volksfreund" u. a.:

„Beim Willen zu einer Minute Besinnung hätte man die Ablehnung der Weimarer Schlußanträge voraussehen können. Weiß Gott, was die Regierung und die Mehrheit des Parlaments dazu bewogen hat, mit dem Ansinnen um Aufhebung der Auslieferungsbestimmung an die Entente heranzutreten, nachdem die Nationalversammlung sich in schweren Erträgliches und Verletzenderes mit der Einsicht gefügt hat: es muß sein, so sei es denn. Die Form der Versailler Ablehnung ist schroff und frostig. Sie ist für die Antragsteller und für deren Unterstützer noch zuguterletzt eine tüchtige Blamage. Hoffentlich bedeutet sie auch die belehrende Lektion, künftighin auf präzise gestellte Fragen präzise zu antworten. Die Entente hat uns vor die Alternative unterzeichnen oder nicht unterzeichnen gestellt. Aber die Neunmalweisen gewisser Parteien können schon gar nicht anders mehr als in Kompromißformeln denken, und so versuchten sie, durch parlamentarische Schlaubergereien alten Kuhhandelstiles, sich um das Ja oder Nein herumzudrücken. Nun mußte doch ja gesagt werden. Die Verhandlungen aber mündeten dadurch in einen verstimmenden Schlußakkord aus. Mit der Beseitigung des Militarismus und einer ihn stützenden Gesinnung hat die Entente im Friedensvertrag programmatisch ganze Arbeit gemacht. Wir können uns darauf verlassen, daß sie auf die Durchführung der diesbezüglichen Bestimmungen mit aller durch den Selbsterhaltungstrieb gebotenen Härte bestehen wird. Sie wird auch nicht einen Mann über das bewilligte Maximum hinaus zu militärischen Diensten zulassen, sie wird auch nicht ein militärisches Instrument über das festgelegte Bewaffnungsmaterial im Besitz der deutschen Armeeverwaltung gestatten. Es wird für immer ausgeschlossen sein, daß wieder das deutsche Volk durch die Schule des stehenden Heeres geht. Militärisch hören wir auf, eine Macht zu sein, Belgien, Holland, Polen werden uns überlegen sein. Rein realpolitisch ist also die allseitige Vorbereitung auf eine militärische Revanche das verfehlteste Unternehmen, welches wir anfangen können. Zeitraubend, unfruchtbar und immer mit der Gefahr verbunden ist es, daß ein jetziger Feind doch noch einmal die Gelegenheit sucht und bekommt, uns den endgültigen Rest zu geben.

Eine Politik, die auf Revanche arbeitet, würde uns zudem um alle Chancen bringen, die Weltkonjunktur zu unseren Gunsten zu ändern. Die jetzige Entente ist eine **unnatürliche** Bundesbrüderschaft. Stimmungsmäßig, rassenmäßig und auch wirtschaftlich paßt diese Koalition nicht recht zusammen. Das gemeinsame Moment der militärischen Gefahr, die ihr von Deuschland drohte, hielt sie beieinander. Jetzt nach deren Beseitigung treten die Differenzen der Sympathiemomente und der Wirtschaftsbestrebungen bündnislockernd hervor und der Überdruß am Kriege hat mitgeholfen, einen Kampfgenossen dem anderen halb überdrüssig zu machen. Mit der Herrlichkeit dieser Koalition ist es bald nicht mehr weit her. Allerdings, wenn eine Politik hirnverbrannt darauf hinstrebt, Deutschland wieder als militärische Großmacht zu etablieren, wenn es wieder eine gemeinsame Gefahr aller Völker zu werden droht, dann wird es bei dem Weltbündnis bleiben und wir werden zwar nicht militärisch wiedererstarken, wohl aber chikanösen Durchführungen der jetzigen Friedensbedingungen ausgesetzt sein.

Die Ausschaltung einer großzügigen Militärmacht des einen Staates bedeutet automatisch den allmählichen Tod des Weltmilitarismus. Aber nur unter **einer Bedingung** bedeutet sie das: der seines **Militarismus** entledigte Staat darf nicht **nach dessen Wiederherstellung** streben. Tut er das doch, so wird er zwar seine alte militärische Kraft nicht zurückerlangen, aber den feindlich gesinnten Nachbarstaat wird er militärisch nur weiter stärken. Die Zeit muß kommen, da die Franzosen, Italiener, Engländer ihre Staatsmänner fragen, warum sie ihre schönsten Lebensjahre dem Stumpfsinn des Militärdienstes widmen, warum sie Steuern zahlen und mit dem vermaledeiten Rüstungssport die Gefahr eines nochmaligen Weltkrieges heraufbeschwören sollen, während die besiegten Deutschen von all den Plagen frei sind. Wenn dann Clemenceau oder einer seines Kalibers mit dem Hinweis auf einen deutschen Revanchepatriotismus und auf militärische Abrechnungsgelüste antworten kann, dann hat er gewonnenes Spiel. Kommen wird dann nicht der Segen der Abrüstung und der Völkerharmonie, sondern der Fluch der einseitigen Militärkräftigung gegenüber seinem allezeit ohnmächtig bleibenden und aus der Ohnmacht vergebens herausstrebenden Gegner. Der Militarismus hätte dann nur seine Wanderung nach Westen gemacht, hier wäre er nun aber auch in konzentrierter Reinkultur vollendet."

Aus der Landeshauptstadt.

* **Zur Bürgermeisterfrage.** Nachdem die bisherigen Verhandlungen der Parteien über die Neubesetzung der Bürgermeisterposten ergebnislos verlaufen sind, werden, wie heute verlautet, die drei Stellen öffentlich ausgeschrieben werden.

* **Auf dem Karlsruher Wochenmarkt versuchten die Händler vorgestern Heidelbeeren zu 2.50 bis 3 Mark zu verkaufen. Die Marktpolizei** schritt aber, um Ausschreitungen zu vermeiden, **ein und setzte den Preis auf 1.50 Mark fest.** Gestern wurde der Preis auf 1.30 M. erniedrigt.

* **Abreise der französischen Militärdelegation.** Die französischen Kommissionen in der neutralen Zone sind überall in das besetzte Gebiet abgereist. Auch die französische Militärdelegation, bestehend aus einem Major und einem Hauptmann nebst Begleitung, welche seit längerer Zeit zwecks Regelung von Paßangelegenheiten zum Abschnitt 5 der neutralen Zone nach Karlsruhe kommandiert war, hat lt. „B. Pr." gestern infolge drahtlichen Befehls unsere Stadt verlassen.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung über Frühkartoffelpreise.

Mit Zustimmung des Ministeriums des Innern und der Reichskartoffelstelle wird hiermit bestimmt, daß der Preis für den Zentner Frühkartoffeln aus der Ernte 1919 beim Verkauf durch den Erzeuger mit Wirkung vom 1. Juli 1919 an 11 M. nicht übersteigen darf. Der Preis wird allmählich herabgesetzt werden, bis er am 15. September d. J. den noch zu bestimmenden Höchstpreis für Herbstkartoffeln erreicht hat. Die Preisherabsetzungen werden jeweils rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Der vorstehend angegebene Höchstpreis sowie die später noch festzusetzenden Höchstpreise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, 21. Januar 1915 und 22. März 1917 (RGBl. 1914 S. 339, 513; 1915 S. 25; 1917 S. 253) und schließen jeweils die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Orts, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wasser versandt wird, sowie die Kosten des Einladens daselbst ein.

Karlsruhe, den 24. Juni 1919.

Badische Kartoffelversorgung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stadtgarten-Restaurant.

Dem verehrl. Publikum von Karlsruhe und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich unterm Heutigen den Betrieb des Stadtgarten-Restaurants übernommen habe. Durch langjährige Führung der städtischen Wirtschaftsbetriebe in München-Gladbach bin ich in der Lage, allen in meinem Beruf vorkommenden Ansprüchen gerecht zu werden. Ich werde bestrebt sein, durch gute Küche und gutgepflegte Weine und Bier, sowie Kaffee und Konditoreien meine Gäste in jeder Hinsicht zufriedenzustellen. Ganz besonders empfehle ich auch bei **schlechter Witterung den neuen elegant eingerichteten Gartensaal.** *Der Zeit entsprechende reichhaltige Mittag- und Abendkarte.*

Um geneigtes Wohlwollen bittet

Max Schmitges.

Amtliche Bekanntmachung.

Räude betr.

In den nachfolgenden Stallungen wurde unter dem Pferdebestand festgestellt: **Räude** M.887

1. bei Wilhelm Dahlinger in Rüppurr,
2. bei Frau Constantin Wwe. in Rüppurr,
3. bei Christian Braun in Beiertheim,
4. bei Hermann Stein in Daxlanden,
5. bei Heinrich Müller in Daxlanden,
6. bei Wilhelm Ganz in Daxlanden.
7. bei August Kraemer in Rintheim,
8. bei Wilh. Müller in Karlsruhe, Scheffelstraße,
9. bei Frau Weißinger, Kutscherei in Karlsruhe,

Karlsruhe, den 20. Juni 1919. O.-Z. 200

Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Brenn-Holz

Buchen u. Eichen, z. Strecken der Kohlen, Forlen, Tannen (Anfeuerholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle:

Gerwigstraße 53

Fr. Kempermann

Telephon 5206

Brennholzsägerei, Spalterei und Bündelholzfabrik

Haltestelle der elektrischen Bahn am Schlachthof.

Bekanntmachung.

(Nachtrag zur Bekanntmachung vom 28. 5. 19.)

Nach Mitteilung der Badischen Landeskohlenstelle stellen sich die **Kleinverkaufspreise für Braunkohlenbriketts** mit Wirkung **ab 1. Mai auf 3.45 M. ab Eisenbahnwagen** und **3.70 M. ab Lager** bezw. **25 Pf. mehr für Fuhren** — offen — frei vors Haus oder **45 Pf. mehr** in Säcken oder Körben **frei ins Haus.**

Kommunalverband Karlsruhe-Land.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie.

Herausgegeben und eingeleitet von **Karl Diehl** und **Paul Mombert**, Professoren für Nationalökonomie.

Band 1: Lehre vom Geld, Band 2: Arbeitslohn, Band 3: Grundrente, Band 4 u. 5: Wert und Preis, Band 6: Bevölkerungslehre, Band 7: Wirtschaftskrisen, Band 8: Kapitalzins und Unternehmergewinn, Band 9: Freihandel und Schutzzoll, Band 10: Lehre vom Geld, Teil II. Preis jedes Bandes, etwa 220 Seiten, geb. M. 3.30, alle 10 Bände in Papphülse auf einmal M. 26.40. Sämtliche fremdsprachl. Abschnitte sind ins Deutsche übertragen. Diese Sammlung wurde besonders viel für deutsche Kriegsgefangene bezogen, zum nationalökonomischen Selbststudium.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 26. Juni:

Wilhelm Tell.

Anfang: abends 6 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 26. Juni:

Das Dreimäderlhaus.

Anfang: abends 7 Uhr.

Die Arbeitslosen-Fürsorge

Zusammenstellung u. Erläuterung der diesbezüglichen gesetzlichen Verordnungen vom 13. November 1918 bis 15. April 1919

von **G. Leppert**
Verwalter am Arbeitsamt Ettlingen.

Preis 70 Pfg.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets **angekauft** in F988

Weintraubs

An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstraße 52.

Auch für

Fahrräder

liefern wir nunmehr

Vollgummi-Radreifen

prompt ab Lager

Gebr. Rayers

G. m. b. H.

Düsseldorf 23

Oststr. 124 Fernruf 4050

Telegramm-Adresse: Jora.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormals Allg. Versorgungs-Anstalt

Renten-Abteilung

Gemäß § 1914 der Statuten von 1863 werden die Inhaber der nachgenannten Rentenscheine ersucht, die rückständigen Renten zu erheben:

Der Mitglieder Name und Geburtsort	Der Rentenscheine		
	Nr.	Jahresgesellschaft	Klasse
Erstmalige Aufforderung			
Renten rückständig seit 1915.			
Bender Anna Maria geb. Gruber von Mannheim	1446	1838	1 a
Stultz August Philipp von Heidelberg	771	1844	1 a
Stehle Sophie geb. Bregger von Waldshut	466	1857/8	1 b
Geßler Pauline geb. Bautz von Stehlingsweiler (Bad.)	730	1859/61	1 b
Stadler Karl von Maria Hietzing b. Wien	582	1862/3	1 a
Stadler Johann Evangelist von Penzing-Österreich	135	1864/6	2 a
Reubold Friedrich v. Weilbach	835	1867/9	1 a

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Baden. M.865
Güterrechtsregistereintrag Band II:
Seite 416: Theodor Karl **Müller**, Hoteldesitzer, und Eugenie geb. Port in Baden. Vertrag vom 9. April 1912. Errungenschaftsgemeinschaft.
Seite 417: Kaufmann Hans **Koster** in Freiburg i. Br. und Leonie geb. Leydel in Baden-Baden, Vertrag vom 26. Mai 1919. Gütertrennung.
Baden, 18. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht.

Bretten. M.831
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 460: **Dittus**, Wilhelm, Kaufmann und Seiler, u. dessen Ehefrau Katharina geb. Bühler in Wössingen. Vertrag vom 26. Mai 1919. Allgemeine Gütergemeinschaft des B.G.B.
Bretten, 14. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. M.832
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 476: **Gerhard**, Wilhelm Franz, Prokurist in Bruchsal, und Emma geb. Lampert. Vertrag vom 2. Juni 1919: Errungenschaftsgemeinschaft des B.G.B. Das im § 2 des Ehevertrags bezeichnete Vermögenseinbringen der Ehefrau, sowie das ihr künftig durch Erbschaft oder Schenkung anerfallende Vermögen ist für Vorbehaltsgut erklärt.
Bruchsal, 11. Juni 1919.
Amtsgericht.

Bruchsal. M.833
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 475: **Münzer**, Karl Friedrich, Schlosser in Bruchsal, u. Eugenie Amend. Vertrag vom 12. Mai 1919: Gütertrennung des B.G.B.
Bruchsal, 11. Juni 1919.
Amtsgericht.

Eppingen. M.878
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 270: **Künzle**, Gustav, Metzger in Eppingen, und dessen Ehefrau Mina geb. Hutter. Vertrag vom 24. Februar 1919. An Stelle der Gütertrennung ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart.
Eppingen, 13. Juni 1919.
Amtsgericht.

Karlsruhe. M.847
In das Güterrechtsregister Band IX ist eingetragen:
Seite 319: **Ernst**, Otto, Bahnarbeiter, Karlsruhe, und Luise geb. Fetzer. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
Seite 320: **Schwarz**, Heinrich, Kaufmann, Karlsruhe, und Marie geb. Neff. Vertrag vom 6. Juni 1919. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
Karlsruhe, 20. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht B. 2.

Konstanz. M.866
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 245: **Gärtner**, Reinhard, Konditor in Wollmatingen, und Maria geb. Bögle. Vertrag vom 27. Mai 1919: Gütertrennung.
Güterrechtsregistereintrag Band II S. 246: **Schneider**, Anton, Metzger in Konstanz, und Katharina Barbara genannt Betty geb. Rau. Vertrag vom 28. Mai 1919: Gütertrennung.
Konstanz, 14. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht.

Mannheim. M.867
Zum Güterrechtsregister Band XIII wurde heute eingetragen:
1. Seite 444: Viktor Alexander **Schnell**, selbständiger Bankbeamter, u. Hilda geb. Reichert in Mannheim. Vertrag vom 23. Mai 1919. Gütertrennung.
2. Seite 445: Hermann **Stober**, Hauptlehrer, und Elise geb. Ziegler in Mannheim. Vertrag vom 21. Mai 1919. Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut ist das im Vertrage näher bezeichnete Vermögen.
3. Seite 446: Richard **Seiler**, Kellner, u. Luise geb. Herrmann in Mannheim. Vertrag vom 20. Mai 1919. Gütertrennung.
4. Seite 447: Adolf **Leitz**, Architekt, und Paula geb. Sator in Mannheim. Durch Vertrag vom 7. Juni 1919 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen der Frau ausgeschlossen, so daß Gütertrennung besteht.
Mannheim, 21. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht Re. 1.

Rastatt. M.892
Zum Güterrechtsregister Band II O.-Z. 206 wurde heute eingetragen: **Reiter**, Nikolaus, Bäcker in Waldprechtsweier, u. Franziska geb. Kunzner. Vertrag vom 11. April 1919. Gütertrennung §§ 1426 ff. B.G.B.
Rastatt, 21. Juni 1919.
Amtsgericht.

Säckingen. M.893
In das Güterrechtsregister Band II Seite 74 wurde heute eingetragen: Josef **Völkle**, Landwirt in Rickenbach, und Johanna Frommherz von Jungholz, Gemeinde Willaringen. Vertrag vom 11. Juni 1919. Errungenschaftsgemeinschaft. Das in § 2 des Ehevertrags beschriebene, sowie alles künftige der Braut durch Schenkung oder Erbfolge anfallende Vermögen ist zu deren Vorbehaltsgut erklärt.
Säckingen, 18. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht.

Staufen. M.834
Güterrechtsregister Bd. I Seite 209: Georg **Federle**, Metzger in Kirchhofen, u. Hilda Emma Ruh. Das Vorbehaltsgut der Ehefrau ist in §§ 2 und 4 des Ehevertrags beschrieben.
Seite 210: Otto Engelbert **Kisling**, Kaufmann in Eschbach, und Pia Paulina Winterhalter. Vertrag vom 30. Mai 1919. Errungenschaftsgemeinschaft.
Staufen, 17. Juni 1919.
Amtsgericht.

Waldkirch. M.835
Güterrechtsregister Band I Seite 373:
Häringer, Franz Josef, Säger in Untersimonswald Leisinger, Anna, ebenda.
Vertrag vom 5. Juni 1919. Gütertrennung. Die Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen der Frau ist ausgeschlossen.
Waldkirch, 14. Juni 1919.
Amtsgericht.

Waldshut. M.868
Güterrechtsregistereintrag Bd. I O.-Z. 483: **Reichel**, Georg, Ingenieur, u. Johanna geb. Adam in Tiefenstein. Vertrag vom 6. Februar 1918. Gütertrennung.
Waldshut, 13. Juni 1919.
Amtsgericht 2.

Weinheim. M.850
Güterrechtsregistereintrag Band I S. 412: **Rühmekorf**, Heinrich Oskar, Fabrikarbeiter in Heddesheim, und Eva geb. Johann. Vertrag vom 3. Juni 1919. Allgemeine Gütergemeinschaft.
Weinheim, 16. Juni 1919.
Amtsgericht 1.

Wertheim. M.836
In das Güterrechtsregister Band I S. 176 Landwirt und Gastwirt Georg Michael **Dosch** VIII. Eheleute ist eingetragen worden: Durch notarielle Urkunde vom 5. Juni 1919 wurde der Ehevertrag vom 6. April 1904 aufgehoben.
Wertheim, 16. Juni 1919.
Amtsgericht.

Vereins-Register.

Freiburg. M.879
Vereinsregister.
In das Vereinsregister Band III O.-Z. 43 wurde eingetragen:
Verein ehemaliger Offiziere Dragoner-Regiments Prinz Karl Nr. 22 — eingetragener Verein — mit Sitz in Freiburg i. Breisgau.
Freiburg, 16. Juni 1919.
Amtsgericht 2.

Tapeten

Reichhaltige Auswahl.

H. DURAND

Douglasstraße 26, Telephon 2435. Bei der Hauptpost. Übernahme von **Tapezierarbeit. Musterkollektion steht zu Diensten.**

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.

M.874.3.2. **Karlsruhe.** Die Erben des Privatmannes **Mathias Walter** in Vierthäler (Amt Neustadt), vertreten durch Rechtsanwalt Dr. J. Ellenbogen in Karlsruhe, haben das Aufgebot der badischen Schuldverschreibungen des 4%igen Anlehens von 1913 Lit. D Nr. 4194, 4195, 4196 und 4197 über je 500 **Mark** nebst zugehörigen Zinsscheinen vom 1. Oktober 1914 bis mit 1. April 1923 und Erneuerungsscheinen beantragt.
Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, den 19. Februar 1920, vormittags 9 Uhr,** vor dem Badischen Amtsgericht in Karlsruhe, Akademiestr. 2, Eingang II, 1. Stock, Zimmer Nr. 6, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.
Karlsruhe, 20. Juni 1919.
Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts B II.

M.889.2.1. **Pforzheim.** Der Fabrikant **Andreas Odenwald** in Pforzheim hat das Aufgebot des vernichteten Grundschuldbriefes vom 4. September 1914 über die in dem Grundbuch von Pforzheim in Band 161 Heft 12 dritte Abteilung Nr. 8 auf dem Grundstück Lagerbuch-Nr. 3267a der Gemarkung Pforzheim für ihn eingetragenen 50 000 M. nebst 4½ Prozent Zins vom 1. September 1914 an beantragt.
Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Mittwoch, 31. Dez. 1919, vormittags 9 Uhr,** vor d. Amtsgericht Pforzheim anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden, und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Pforzheim, 20. Juni 1919.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

Zahlungssperre.

M.890.2.1. **Rastatt.** Auf Antrag der **Bank-Commandite Gebr. Oppler, Filiale Berlin, Inhaber Bruno Galewski** in Berlin W 15, Kurfürstendamm 167/68, vertreten durch den Rechtsanwalt Feblowicz in Berlin, Rosenthalerstraße 4, wird den Eisenwerken Gaggenau A.-G. in Gaggenau auf Grund des § 1020 C.P.O. verboten, an den Inhaber der Aktien Nr. 2571, 3942, 95, 1128, 1318, vom 8. November 1915 über je 1000 Mark eine Leistung zu bewirken, insbesondere neue Zins-, Renten- oder Gewinnanteilscheine oder einen Erneuerungsschein auszugeben.
Rastatt, 17. Juni 1919.
Bad. Amtsgericht.

M.864. **Freiburg.** Das Konkursverfahren üb. das Vermögen der Firma **Krieg & Cie.** in Freiburg wurde nach vollzogener Schlußverteilung aufgehoben.
Freiburg, 17. Juni 1919.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts 4.

Freiburg. M.886
Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **August Pörtner** in Freiburg wurde nach vollzogener Schlußverteilung aufgehoben.
Freiburg, 17. Juni 1919.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts 4.

M.891. **Pforzheim.** Die mit Beschluß des Amtsgerichts Pforzheim vom 21. Mai 1907 angeordnete Entmündigung des Goldarbeiters **Eduard Müller** von Würm wegen Geistesschwäche und Verschwendung wurde durch Beschluß des Amtsgerichts vom heutigen wieder aufgehoben.
Die Kosten des Verfahrens hat der Entmündigte zu tragen.
Pforzheim, 12. Juni 1919.
Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A. 1.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Nutzholzversteigerung des Forstamtes Ottenhöfen. Dienstag, den 8. Juli, vorm. 9 Uhr, im Gasthaus zum Engel in **Ottenhöfen:** Aus Domänenwald Abt. 1, 2, 3, 20, 30, 40, 44, 50, 51, 58, 60, 61 und II., Nadelhozstämme I. 153 fm, II 300 fm, III 362 fm, IV. 30 fm, V. 5 fm, VI. 12 fm. Nadelholzabschnitte I. 155 fm, II. 68 fm, III. 11 fm. Die Versteigerung findet in kleinen, auch für Handwerker und Landwirte geeigneten Losen statt. Vorzeiger des Holzes für Abt. 1 2, 3, 20: Forstwart A. Maier in Seebach, Abt. I. 30, 40, II.: Forstwart X. Maier in Ottenhöfen (Unterwasser), Abt. I. 44, 50, 51, 58, 60, 61: Forstwart Huber in Lierbach (Hirschbachhof). Auszüge durch das Forstamt. M.888.2.1

Badisch. Gütertarif.

Im Bad. Gütertarif, Abt. 1, werden im Abschnitt D, Seite 17, unter Bahnhoffracht in Ziffer 1c die Worte „Eisenbahnwagenkrane und" gestrichen.
Karlsruhe, 24. Juni 1919.
Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.